

Vortrag an den Ministerrat

Bericht zur informellen Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit 4./5. Juli 2019, Helsinki

Am 4./5. Juli 2019 fand eine informelle Tagung der Ministerinnen und Minister des Rates Wettbewerbsfähigkeit in Helsinki statt. Österreich wurde beim Wirtschaftsteil durch Bundesministerin Udolf-Strobl und beim Forschungsteil durch Bundesministerin Iris Rauskala vertreten.

Binnenmarkt und Industrie

Die informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit fand am 5. Juli 2019 in Helsinki statt. Den Vorsitz führten Arbeitsminister **Timo Harakka** und Wirtschaftsministerin **Katri Kulmuni**. Österreich wurde durch die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort **Elisabeth Udolf-Strobl** vertreten. Seitens der Europäischen Kommission nahm die Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU **Elżbieta Bieńkowska** an der Tagung teil.

Die Hauptthemen des zweiten Tages der informellen Tagung der Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit waren die Vertiefung des Binnenmarktes mit einer dynamischen Digitalwirtschaft und einer modernen Industriepolitik sowie intelligente Lösungen für ein wettbewerbsfähiges und klimaneutrales Europa. Aus den Diskussionen konnte ein Beitrag für weitere Anstrengungen in Bezug auf die für den finnischen Vorsitz im Rat der EU prioritäre Agenda für nachhaltiges Wachstum gewonnen werden.

Der finnische Vorsitz - so im Eröffnungsstatement - verfolge das zentrale Ziel einer wettbewerbsfähigeren und sozial inklusiveren EU. Eine intelligente und zukunftsorientierte Industrie- und Binnenmarktpolitik soll forciert werden, da diese für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa essentiell sind. Im Rahmen der Keynote-Reden durch Henrik Ehrnrooth, Geschäftsführer und Aufsichtsratsvorsitzender der Kone Cooperation, Per Allmer, Geschäftsleiter bei Bombardier Transportation, Suvi Haimi, Mitgründerin von Sulpac Ltd. und einer anschließenden Frage & Antwort Runde mit den anwesenden Ministerinnen und Minister ergaben sich folgende Handlungsaufträge: Für die weitere Vertiefung des

Binnenmarktes bedarf es einer ganzheitlichen und umfassenden Politik. Es muss sichergestellt werden, dass Binnenmarkt, Digitalisierung und Industriepolitik miteinander vernetzt sind und sich gegenseitig stützen. Den Übergang zu einer nachhaltigen europäischen Wirtschaft durch eine proaktive Industriepolitik, eine konsequente Wettbewerbspolitik und eine inklusive Sozialpolitik gilt es jetzt anzustoßen und rasch umzusetzen. Zur Sicherstellung des wirtschaftlichen Wachstums in der EU braucht es europäische Reformen, die die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, den Binnenmarkt intern und extern stärken und die soziale Säule stützen.

Bundesministerin Udolf-Strobl betonte insbesondere im Rahmen der Diskussion in der Break-out Gruppe zur externen Dimension der Wettbewerbsfähigkeit, dass für den künftigen wirtschaftlichen aber auch gesellschaftlichen Wohlstand Europas ein integrierter Ansatz und eine enge Verknüpfung von Wettbewerbs-, Binnenmarkt-, und Industriepolitik von entscheidender Bedeutung sind. Alle genannten Politikbereiche müssen näher zueinander rücken, sich ergänzen und Synergien bestmöglich ausschöpfen. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist auch die Sicherung des Anteils europäischer Unternehmen an globalen Wertschöpfungsketten aber auch die Schaffung von durch und durch europäischen Wertschöpfungsketten - von der Forschung bis zur Produktion.

Ebenfalls wurde der Beitrag der europäischen Wirtschaft für ein nachhaltiges und klimafreundliches Europa diskutiert. Die Ministerinnen und Minister tauschten sich über intelligente Lösungen für ein wettbewerbsfähiges und klimaneutrales Europa aus. Der finnische Vorsitz unterstrich, wie wichtig es ist, das Profil der EU als Vorkämpfer für den Klimaschutz zu schärfen. Dies kann auf Grundlage einer langfristigen Klimastrategie, die auf eine klimaneutrale EU bis 2050 abzielt, erreicht werden.

Österreich sieht den Klimawandel, den Umweltschutz und den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft, so wie der Vorsitz auch, als bedeutende Herausforderungen, welche aber auch das Potenzial für Innovation und zusätzliche Arbeitsplätze mit sich bringen. Bundesministerin Udolf-Strobl unterstrich aber auch die Notwendigkeit, dass Diskussionen zur Klimaneutralität und Umweltschutz immer auf Augenhöhe mit der Wettbewerbs- und Industriepolitik geführt werden müssen.

Die Ergebnisse der Tagung in Helsinki werden in die Vorbereitungen der Tagungen des Rates „Wettbewerbsfähigkeit“ im September und November 2019 einfließen. Ziel des informellen Ministertreffens war es, zentrale Botschaften des Rates „Wettbewerbsfähigkeit“ an die neue Europäische Kommission im Bereich Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit für die kommenden fünf Jahre zu diskutieren. Der finnische Vorsitz unterstrich abschließend, dass die EU einen Plan für Wachstum benötigt, um auf den globalen Märkten wettbewerbsfähiger

zu werden und die nachhaltige Natur des Wachstums, sowohl auf ökologischer als auch auf sozialer Ebene, sicherzustellen ist.

Forschung

Am 4. Juli 2019 fand eine informelle Tagung der Forschungsministerinnen und Forschungsminister in Helsinki statt. Österreich wurde durch **Bundesministerin Iris Rauskala** vertreten.

Die finnische Präsidentschaft hatte für die politische Aussprache am Vormittag das Thema des nachhaltigen Wachstums auf die Agenda gesetzt und die Frage aufgeworfen, wie Forschung und Innovation vor dem Hintergrund dieses Themas über die sektoralen Politiken hinweg besser interagieren könnten. Zugleich wurde auch die Frage gestellt, wie dies betreffend Governance umgesetzt werden könnte.

Eingangs erörterte die finnische Wirtschaftsministerin, **Katri Kulmuni**, die Prioritäten des Ratsvorsitzes: Die Bekämpfung des Klimawandels sowie nachhaltiges Wirtschaftswachstum durch Investitionen in Humankapital auf Grundlage eines missionsorientierten holistischen Ansatzes seien zentral, um die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union sicherzustellen. Die kommende formelle Tagung des Rates für Wettbewerbsfähigkeit am 26./27.09.2019 solle ganz im Zeichen der eben genannten Prioritäten stehen. Man plane die Vorlage eines Berichts zur Thematik, gefolgt von Schlussfolgerungen der Präsidentschaft.

Carlos Moedas, Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation, unterstützte die Prioritäten des finnischen Ratsvorsitzes und appellierte für mehr Flexibilität im Hinblick auf den zukünftigen mehrjährigen Finanzrahmen. Gerade wenn es um Nachhaltigkeit gehe, sollten sich die EU Mitgliedstaaten für ein entsprechend hohes Budget einsetzen. Auf nationaler Ebene solle in Forschung und Wissenschaft im Interesse der Zukunftssicherung investiert werden.

Prof. Sylvia Schwaag-Serger (Vizektorin Lund University) verwies in ihrer Keynote zum Thema „Research and innovation as drivers for sustainable growth“ auf die bereits vor zehn Jahren angenommene Lund Declaration. Angesichts des globalen Wettbewerbs, insbesondere mit China und der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) bestehe weiterhin Handlungsbedarf, die Fortschritte der letzten zehn Jahre seien nicht ambitioniert genug. Oft würde argumentiert, dass Innovation im Widerspruch mit Nachhaltigkeit stünde. Begründet sei dies durch „abgekapselte“ Denkmuster, welche durchbrochen werden müssten. Umwelt/Klimathemen müssten horizontal (transformativ) behandelt werden (bottom-up und nicht top-down).

Kjell Forsén (Präsident, CEO Vaisala Oyj) betonte in seiner Keynote die Perspektive seines Unternehmens (Weltmarktführer bei Messungen im Bereich der Klimatologie, insbesondere der Umweltauswirkungen von Hurricanes) zum Thema „R&D Driving Growth“. Das Unternehmensumfeld erfordere konsequente Innovation und Investitionen. An Beispielen für erfolgreiche Kooperationen wurde die Zusammenarbeit im Rahmen von Horizon 2020 und Business Finland sowie VTT mit Universitäten und EU-Konsortien genannt.

Kommissar **Moedas** dankte für die Präsentationen und betonte, dass das Aufbrechen von Silos essenziell sei und man daher für die neue Programmperiode Cluster vorgesehen habe und dies künftig in der Arbeitsweise der betroffenen Generaldirektionen der EK umgesetzt werden solle.

In der anschließenden Tischrunde meldete sich die überwiegende Anzahl der EU Mitgliedstaaten sowie CH und NO zu Wort. Die meisten Mitgliedstaaten erachteten Horizon Europe als das wichtigste Instrument im Forschungsbereich und unterstützten zwar eine stärkere Rolle von Forschung und Innovation bei der Umsetzung der Agenda 2030, jedoch wurde auch auf die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen verwiesen. Eine Reihe von Delegationen unterstrich die Notwendigkeit, Grundlagenforschung neben der Pionierforschung nachhaltig zu fördern, um auf deren Ergebnissen aufbauen zu können. Die Delegationen stimmten überein, dass vor dem Hintergrund eines gut ausgestatteten mehrjährigen Finanzrahmens nachhaltiges Wachstum nur dann gelinge, wenn ein holistischer Ansatz gewählt würde, welcher bottom-up getrieben sei und sektorale Politiken und Schnittstellen miteinbeziehe. Einige Mitgliedstaaten betonten auch die Wichtigkeit der Einbeziehung der Öffentlichkeit beziehungsweise Zivilgesellschaft und die Bedeutung der europäischen Weltraumprogramme für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele.

Bundesministerin **Rauskala** unterstrich zusätzlich die Notwendigkeit, die verfügbaren nationalen Instrumente beziehungsweise vorhandenen Strategien zu nutzen und so einen „whole of government approach“ nachhaltig umzusetzen. Horizon Europe sollte ein „test bed“ sein, um Silos zu überwinden.

Das Mittagessen der Forschungsministerinnen und Forschungsminister war dem Thema „Translating European excellence in knowledge and innovation into entrepreneurial success“ gewidmet. Dazu erfolgte eine Keynote von Pekka Laurilla, CSO und Mitgründer von ICEYE, einem polnisch-finnischen Hersteller von Mikrosatelliten.

Anschließend erfolgte zum Thema „Missions as a strategic tool in Horizon Europe“ eine Keynote von Prof. Mariana Mazzucato (University College London), die den Bericht „Governing Missions in the European Union“ vorstellte.

Die weitere Diskussion zum Tagesordnungspunkt erfolgte in vier Break-out Sessions im Ministerformat.

Wir stellen daher im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

19. September 2019

Mag. Dr. Iris Rauskala
Bundesministerin

Mag. Elisabeth Udolf-Strobl
Bundesministerin